

Die Giftbohrer

Fracking Deutschland plant die Energiewende, mit bisher mäßigem bis gar keinem Erfolg. Neben vielen guten und schlechten Alternativen zur Atomkraft und zu den sogenannten Brückenlösungen wie die Braunkohleförderung hat sich eine weitere Energiequelle im Land als angeblich viel ertragreicher zu erkennen gegeben, als man jemals vermutet hätte. Sie soll jetzt der neue Heilsbringer sein und ist außer in konventionellen auch eben in „unkonventionellen“ Lagerstätten zu finden. Klingt harmlos, ist es aber nicht. Es geht doch nur um Erdgas? Nein, es geht um Geld und hohe Risikobereitschaft zum Nachteil der Bürger.

Weniger durch eine Energiequelle als durch zweifelhafte Fördermethoden und Begehrlichkeiten von Konzernen hervorgerufen, deren Absichten bisher jedenfalls nicht zwingend auf einen Nutzen für das Gemeinwohl schließen lassen, wurde ein Szenario von politisch Verantwortlichen zugelassen, dessen Ausgang bisher niemand vorhersagen kann. Seit 2010 bemühen sich internationale Konzerne wie Exxon Mobil (Esso) um Aufsuchungs- und Fördergenehmigungen für Erdgasvorkommen, die nicht durch herkömmliche Bohrmethoden zu erschließen sind. Hier geht es um Methoden, die sich im Sprachgebrauch unter dem Wort „Fracking“ etabliert haben. „Tight Gas“ in einer Bohrtiefe von 3.500 - 5.000 Metern, Schiefergas in 1.000 bis 2.500 Meter und Kohleflözgas in circa 1000 Meter sind die Rohstoffe, um die es in Deutschland in diesem Zusammenhang geht. Allein im Fall von Exxon handelt es sich um großflächige Aufsuchungsgebiete im Raum Cloppenburg, in Niedersachsen und im Münsterland.

Da sich bereits kurz nach Bekanntwerden dieser Pläne viele Bürger in ganz Deutschland gewehrt haben, in Kenntnis der Gefahren für unser Trinkwasser und die Umwelt im Allgemeinen, haben die Konzerne die Strategie gewechselt und betreiben einen groß angelegten Dialog mit Bürgern, Politik und Wissenschaft. Mit welchem Ziel? Die Claims sind bereits abgesteckt, die Konzerne haben Deutschland bereits unter sich aufgeteilt und Tatsachen geschaffen. Der Bürger wird in einen unüberschaubaren Kommunikationsprozess gezwungen: dieser schwankt zwischen Aufklärung und Rechtfertigung, wissenschaftlichen Fakten, zweifelhaften PR-Methoden und Verharmlosung von gefährlichen Tatsachen hin und her. Von Transparenz kann hier keine Rede sein, von Redundanz schon eher.

Der Bürger wird allein gelassen in der Informationsflut und muss sich in Initiativen, auf Veranstaltungen und im Internet informieren, so gut er will und kann. Seine Aufgabe ist das nicht. Die Gefahrenabwehr für den Bür-

ger ist Pflicht des Staates, eine Bring- und keine Holschuld.

Das Umweltbundesamt und das Land NRW haben in 2012 zwar Studien in Auftrag gegeben, jedoch sollte die Neutralität belegt sein. Ein von Exxon Mobil eingesetzter „Neutraler Expertenkreis“ rühmt sich in einer bereits vorliegenden Studie, seine Daten und Erkenntnisse für eben diese Studien zur Verfügung stellen zu wollen. Das darf man nicht zulassen.

Die Politik versteckt sich zudem hinter einer unzureichenden Gesetzeslage und den Verweisen auf ausstehende Untersuchungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Gutachten und übersieht wieder mal gern neben all diesen Unsicherheiten real existierende Gefahren und Bedrohungen. Das Umweltbundesamt stellt klar: „Um all diese Aspekte im Rahmen eines umfassenden Verfahrens seriös prüfen und eine breite Behörden- und Bürgerbeteiligung sicherstellen zu können, ist als erster Schritt eine Änderung/Anpassung der „UVP-Verord-

nung Bergbau“ aus Sicht des Umweltschutzes dringend erforderlich, was zur Folge hätte, dass für künftige Gasschieferexplorationen ein Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden müsste.“

Offensive mit Nebelkerzen

Was bedeutet also der sogenannte Dialogprozess von Exxon Mobil? Eigentlich gar nichts. Es ist eine geschickte PR-Aktion, nicht mehr und nicht weniger. Es kann vermutet werden, dass auf Zeit gesetzt wird. Man rechnet offenbar damit, dass niemand so viel Energie aufwendet, sich ein Bild über Nutzen und Schaden der Quelle gefährlichen Fördermethoden zu schaffen. Es ist ein Spiel mit der Angst der Menschen. Es suggeriert Abhängigkeit von industriell lukrativen Ressourcen, die man eigentlich nicht braucht, gar das Versagen der Infrastruktur durch Energieknappheit und inflationär steigende Energiepreise.

Was ist von einer Risikostudie zu halten, die bereits zu Beginn folgende Mahnung unter der

Überschrift „Fracking – was ist das“ an den Leser richtet: „Heimisches Erdgas kann unseren Energiebedarf keineswegs decken, aber es ist ein Beitrag zum deutschen „Energemix“ und gewinnt im Zuge der „Energiewende“ weiter an Bedeutung. Dieser Beitrag würde in absehbarer Zeit versiegen, wenn man nicht auf unkonventionelle Lagerstätten setzen kann.“ Will man gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass der Bürger selbst schuld ist, wenn seine heimische Energie versiegt, nur weil er den Fördermethoden nichts abgewinnen kann? Wer die Geschichte des Fracking kennen lernt, sich die Erfahrungen aus den USA genau anschaut und die Energiesituation Deutschlands auch mal von anderen beschreiben lässt, die nicht in den industriellen Kreislauf eingespannt sind, erkennt: es besteht keine Notwendigkeit, sich auf diesen Dialog einzulassen. Auch wenn die geophysikalischen, geologischen und geographischen Verhältnisse in den USA auf Europa und Deutschland nicht 1:1 übertragbar sind, ist ein Blick auf die Geschehnisse dort hilfreich. Wer glaubt, in den USA ständen die Bürger hinter jeder Energiequelle oder Fördermethode, die ihnen Unabhängigkeit und Mobilität verspricht, der irrt.

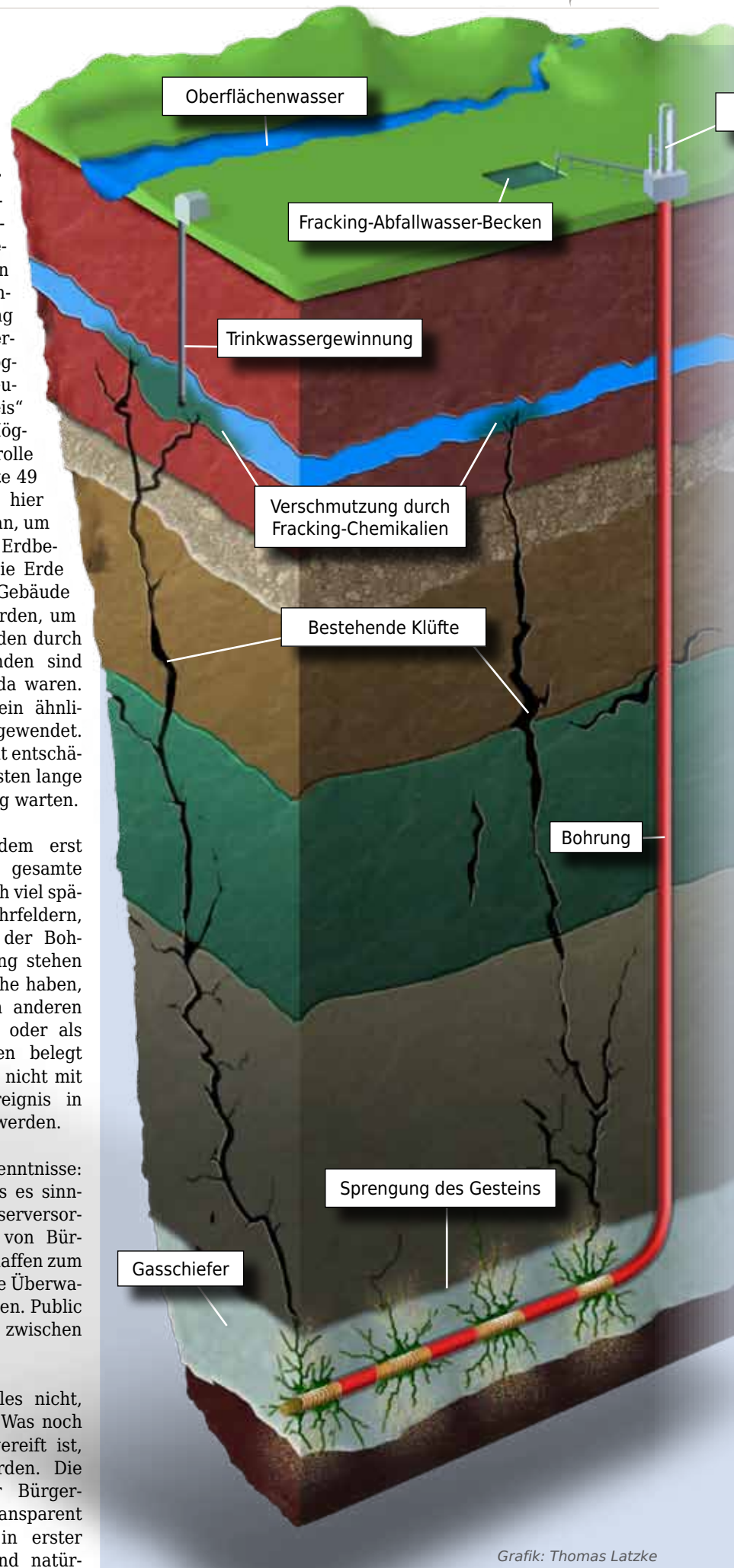
Die „taz“ berichtet auf ihrer Internetseite am 20.11.2011: „... Seit Mitte des vergangenen Jahrzehntes sind quer durch die USA Tausende von Fracking-Bohrstellen entstanden. Doch das Verfahren ist umstritten. Es gefährdet nach Ansicht von Kritikern sowohl das Grundwasser als auch Oberflächengewässer. An manchen Orten ist Leitungswasser ungenießbar geworden, und es häufen sich gesundheitliche Beschwerden. Im Ort Pavillion im Bundesstaat Wyoming etwa, wo Hunderte von Gasbohrstellen entstanden sind, klagen AnwohnerInnen über „schwarzes Wasser und Benzingestank“ aus ihren Wasserhähnen. Die US-Umweltbehörde EPA listet in einer aktuellen Studie zahlreiche krebserregende Stoffe auf, die sie in Wasserproben in Pavillion gefunden hat: Benzol in der 50-fachen Konzentration der

zulässigen Menge, Phenol, Aceton, Toluol, Naphthalin und Spuren von Diesel.“ Für Deutschland sind die Gefahren aus der Exxon-Studie abzulesen. Erdbeben, seismische Ereignisse genannt, Freisetzung von Methan in großen Mengen und Verseuchung von Grund- und Oberflächenwasser sind mögliche Folgen. Der „Neutrale Expertenkreis“ spricht auch über Möglichkeiten zur Kontrolle der Gefahren. Auf Seite 49 der Studie liest man, hier auszugsweise, dass man, um sicher zu gehen, keine Erdbeben auszulösen, „in die Erde hineinhorchen“ solle. Gebäude sollen begutachtet werden, um festzustellen, ob Schäden durch das Fracking entstanden sind – oder schon vorher da waren. Beim Bergbau wird ein ähnliches Verfahren angewendet. Nicht wenige sind nicht entschädigt worden oder mussten lange auf eine Entschädigung warten.

Schäden werden zudem erst später sichtbar, das gesamte Ausmaß sicherlich noch viel später. Unfälle in den Bohrfeldern, die nicht direkt mit der Bohrung in Zusammenhang stehen aber physikalische Nähe haben, könnten als Unfall in anderen Bereichen bezeichnet oder als menschliches Versagen belegt und unter Umständen nicht mit dem eigentlichen Ereignis in Verbindung gebracht werden.

Die Krone der Erkenntnisse: eine Empfehlung, dass es sinnvoll sein könne, Wasserversorgern und Vertretern von Bürgern Zugang zu verschaffen zum Bohrplatz und sie in die Überwachung mit einzubeziehen. Public Viewing am Bohrloch zwischen den Turnieren?

Wir brauchen das alles nicht, es ist längst alles da. Was noch nicht im Gesetz ausgereift ist, muss geschaffen werden. Die Gesetze müssen der Bürgerschaft plausibel und transparent nahegelegt werden, in erster Linie zum Schutz, und natür-



Fracking-Anlage

Fracking

Hydraulic Fracturing (engl. to fracture ‚aufbrechen‘, ‚aufreißen‘; auch „Fracking“, „Hydrofracking“, „Fracking“, „Frac‘ing“, oder „Frac Jobs“ genannt) ist eine Methode der geologischen Tiefbohrtechnik, bei der durch Einpressen einer Flüssigkeit („Fracfluid“, dt. Plural „Fracfluide“) in eine durch Bohrung erreichte Erdkrustenschicht dort Risse erzeugt und stabilisiert werden.

Beim Hydraulic Fracturing zur Gasgewinnung wird eine Bohrung in eine meist mehrere tausend Meter tief liegende gashaltige Schiefergesteinschicht angebracht. In dieser Schicht wird die Bohrung wagerecht nochmals bis zu über tausend Meter vorangetrieben.

In dem wagerechten Strang wird die Bohrhülle mitsamt dem umliegenden Felsen zunächst abschnittsweise mittels Sprengstoff perforiert und anschließend Sand, Wasser und Chemikalien unter hohem Druck in die entstandenen Risse eingepumpt. Dadurch erweitern sich die Klüfte.

Anschließend wird die eingepresste Flüssigkeit, die unter dem Druck der Gesteinsschicht steht, so weit wie möglich zurückgepumpt. Der beigesetzte Sand hat die Aufgabe, in den Rissen zu verbleiben und diese gegen den anstehenden Gesteinsdruck porös für den Fluss von Erdgas offen zu halten. Auch Additive des Fracfluids verbleiben durch Adhäsionswirkung an den flüssig-fest-Phasengrenzen eher im Gestein.

Das gelöste Gas strömt nun durch die Risse und das Bohrloch zur Oberfläche.

lich als legitime Grundlage für konformes Handeln der Unternehmen. Auch hier muss auf die vorhandene Stellungnahme und die Schlussfolgerungen des Umweltbundesamtes verwiesen werden, welches weit vor dem Erscheinen einer privaten Studie diese Sachverhalte zusammengefasst hat: „Zum Schutz von Mensch und Umwelt, insbesondere zum Schutz des Grundwassers sind an jede Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten folgende Mindestanforderungen zu stellen: • Kein Fracking zur Gewinnung von Erdgas in sensiblen Gebieten (etwa Trinkwassergewinnungsgebiete, Heilquellen, Mineralwasservorkommen) • Obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung (für jeden einzelnen Frack sowie das gesamte Gasgewinnungsfeld) • Grundsätzlich Beteiligung der zuständigen Wasserbehörden zur Bewertung der Auswirkungen auf das Grundwasser • Vollständige Offenlegung der verwendeten Additive und der exakten Zusammensetzung der Fracturing-Fluide für jeden einzelnen Frac • Registrierung der Fracking-Chemikalien für diese Verwendung gemäß REACH-Verordnung • Überwachung der Frack-Flüssigkeiten und des Flowbacks (zurückgefordertes Frack- und Lagerstättenwasser) sowie Nachweis über die ordnungsgemäße Entsorgung in einem Kataster • Erstellung eines Notfallplans und Störfallvorsorge • Gefährdungsanalyse und begleitendes Monitoring durch die Förderunternehmen“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Wenn die Konzerne neben netten TV-Werbespots in ferner Zukunft den Beweis antreten, dass ihre Verfahren im Rahmen des menschlich Machbaren sicher sind, die Bürgerschaft, nachdem sie alles weiß, entschieden hat, dass sie die Energiequelle will und kompetente und verantwortungsbewusste Politiker dem Ganzen einen gesetzeskonformen Rahmen geben, dann kann man über Aufsuchungs- und Förderkonzessionen reden, vorher nicht.

Dafür muss aber ein Kommuni-

kationsprozess geschaffen werden, der wirklich auf neutraler (politischer) Ebene geführt wird und in dem sich Dritte schlau machen und dann berichten, nicht unmittelbar Beteiligte. Die Wissenschaftler des „Neutralen Expertenkreises“ unter der Leitung von Prof. Dr. Dietrich Borchardt vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung sind von einwandfreiem Ruf und mit hoher Kompetenz ausgestattet. Aber wer sich ein Jahr lang von einem Konzern eine Studie finanzieren lässt, unter sehr hohen Kosten Forschungen betreibt, der muss sich gefallen lassen, als nicht mehr neutral in der Sache angesehen zu werden. In den einleitenden Worten der Studie findet man die Parameter des Prozesses. Neben der Zusage des Expertenkreises, eine Einflussnahme von Exxon nicht zuzulassen, steht aber auch:

- ExxonMobil hat den Informations- und Dialogprozess sowie diese Studie finanziert
- In die Arbeit sind auch Daten und Informationen von Exxon Mobil eingeflossen

Ein von Exxon Mobil initiiertes Dialog in dieser Form ist nichts wert, denn man kann ihm nicht trauen. Was hier passiert und noch passieren soll, hat den Anschein von Rechtfertigung. Wenn man diese Studie als das betrachtet, was sie ist, nämlich ein Stein in einem undurchschaubaren Mosaik, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: Schluss mit Fracking und Schluss mit dieser PR-Maßnahme – der Bürger durchschaut sie.

BUND ist beteiligt an unabhängiger Studie in NRW

Exxon Mobil will durch einen „Neutralen Expertenkreis“ die Beherrschbarkeit der hohen Risiken beim Fracking herbeireden. In NRW traut man wie andersorts auch dieser Maßnahme nicht und setzt auf eine eigene Studie unter Beteiligung des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Dirk Jansen, BUND-Geschäftsleiter und Pressesprecher fasst im Gespräch mit der Kompass-Redaktion die aktuelle Situation zusammen und ist überzeugt,

dass die Energiewende ohne Atomkraft und fossile Energieträger bei vernünftiger Planung Realität werden kann. Für den Bezug von Energie aus erneuerbaren Quellen besteht nicht nur ein Trend, es ist regelrecht ein Boom. Der „BUND“ rechnet mit mindestens 80 Prozent Anteil am gesamten Strommarkt in Deutschland bis Mitte dieses Jahrhunderts. Was aber passiert in der Übergangszeit? Allein aus Gründen des Klimaschutzes, dem sich alle Parteien in Deutschland als Vorreiter verpflichtet fühlen, können wir uns neue Anteile fossiler Energieträger nicht leisten. Bis erneuerbare Energien grundlastfähig werden, brauchen wir allerdings moderne, regelbare Kraftwerke. Hier haben durch Erdgas befeuerte Kraftwerke Vorteile gegenüber Kohlekraftwerken. Der „BUND“ befürwortet hocheffiziente Gaskraftwerke als Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen als Brückentechnologie, wenn sofort aus der Atomenergie und sukzessive aus der Braun- und Steinkohleförderung ausgestiegen wird. Grundsätzlich ist Erdgas aufgrund des CO₂-Ausstosses die vermeintlich klimafreundlichere Ressource. Woher kommt also das Gas für diese Anlagen? Selbst die konventionelle Gasförderung ist mit Einbußen für die Umwelt verbunden, also muss hierfür die umweltverträglichste Fördermethode gefunden werden. Um nicht in weitere Notwendigkeit zur Erschließung neuer, riskanter Quellen zu kommen, ist das Sparen der Energie zeitgleich notwendig. Aktuell wird Erdgas verschwendet. Hocheffiziente Technik und energetische Gebäudesanierung müssen Hand in Hand gehen, um Erdgas „weg zu sparen“. Ein großer Teil der jetzt importierten Gasmenge könnte eingespart werden und/oder für hocheffiziente Kraftwerke zur Verfügung stehen. Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten weist zudem eine noch deutlich schlechtere Umwelt- und Klimabilanz auf als die der konventionellen. Wenn diese in Gaskraftwerken eingesetzt werden, kommen sie von der Effizienz her in den Bereich herkömmlicher Stein-

kohlekraftwerke, was schon den Einsatz absurd erscheinen lässt. Quintessenz dieser Fakten ist, dass keine Importabhängigkeit in dem von der Industrie beschriebenen Maß existiert. Der größte mögliche Beitrag zur Senkung der gesamten Importquote ist die Entwicklung der erneuerbaren, „heimischen“ Energie.

Angst vor dem Zudrehen des Gashahns seitens der Lieferländer braucht man aufgrund der Diversifizierung des Gasmarktes nicht zu haben, so Jansen. Es besteht eine gesunde Wechselwirkung des Marktes in Bezug auf den Nutzen für Anbieter und Abnehmer. Wenn man überhaupt von Abhängigkeit sprechen kann, dann muss man zumindest von einer gegenseitigen sprechen.

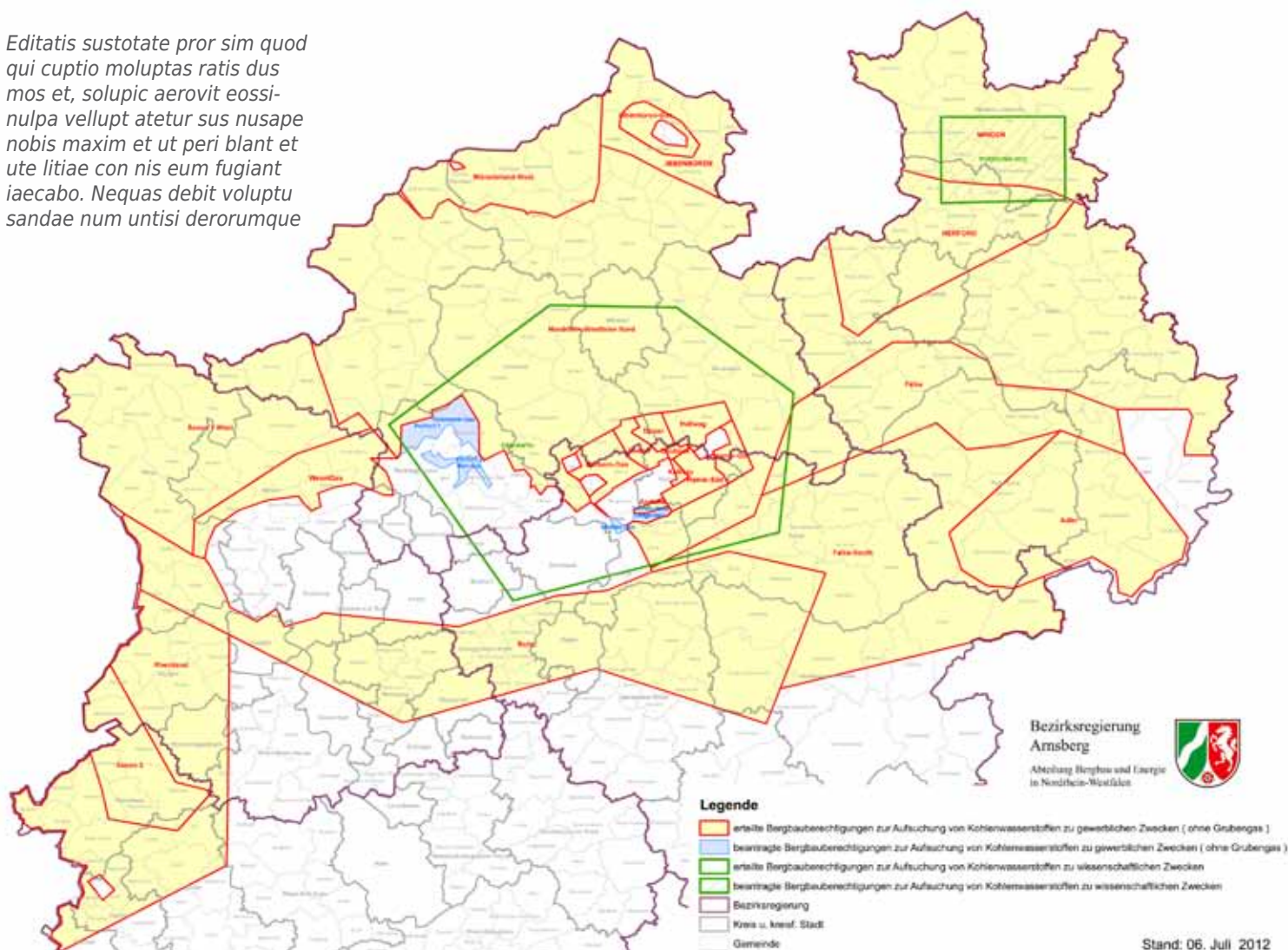
Beim Fracking sieht der „BUND“ die größte Gefahr in der Beein-

trächtigung des Gewässerhaushalts, und das während aller Phasen der Förderung. Unser Trinkwasser ist gefährdet. Völlig ungeklärt, technisch wie rechtlich, ist der Umgang mit dem Flowback. In Niedersachsen plant man zum Beispiel, diesen wieder unterirdisch zu verbringen, laut „BUND“ alles andere als ein zuverlässiger Weg. Die Flüssigkeit müsste aufbereitet werden und die Rückstände sicher deponiert werden – von welcher Menge wir sprechen für Deutschland und wo das sicher erfolgen kann, ist ebenfalls ungeklärt. Die Diskrepanz liegt im Bergrecht und den Abfallgesetzen. Für Jansen garantiert das Bergrecht keine schadlose Entsorgung. Die kontaminierten Fluide müssten regelrecht unterirdisch verklappt werden, was ein bisschen an die Dünnsäureverklappung der Vergangenheit in der Nordsee erinnert. Ohne klare gesetzliche Vorga-

ben und ohne sichere Technologie darf eine solche Fördermethode gar nicht zur Anwendung kommen. Die Länder bekämpfen sich untereinander. Niedersachsen torpedierte im Bundesrat vom Land NRW eingebracht Novellierungsvorschläge für das Bergrecht. Diese aus NRW stammenden Vorschläge sind bei weitem nicht ausreichend und beziehen sich hauptsächlich auf Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) für Frackvorhaben. Dem „BUND“ ist kein Fall bekannt, wonach ein Förderersuchen in der Vergangenheit durch eine UVP nach Bergrecht hätte verhindert werden können. Danach brauchen wir klare, strikte Verbotstatbestände für das Bundesgebiet. Im Wasserrecht (Wasserhaushaltsgesetz) gibt es das schon, jedoch wurden die Wasserinstitute bei vergangenen Genehmigungsprozessen erst gar nicht einbezogen oder nicht im ausrechen-

den Maß. Der Regierungsbezirk Arnsberg hat Aufsuchungsgenehmigungen erteilt, ohne dass das jemand mitbekommen hat – weder Behörden, noch die Wasserwirtschaft, Institute oder die Öffentlichkeit. Erst durch die Presse wurde ab 2009 ruchbar, dass die Hälfte der Landesfläche von NRW durch Claims abgedeckt war. Positiv bewertet der „BUND“ das Zugeben der Landesregierung in NRW, „man wisse über die Technologie eigentlich gar nichts.“ Das Moratorium führte zur Ansetzung der Risikostudie für NRW, welche der ahu AG Wasser · Boden · Geomatik in Aachen in Auftrag gegeben wurde.“ Diese führt ein Konsortium und hat einen begleitenden Arbeitskreis, in dem die wichtigsten Interessenvertreter des Landes zugegen sind, sowie auch der „BUND“. Hier wird vorrangig untersucht, ob überhaupt alle Bewertungsgrundlagen für eine Risikostudie

*Editatis sustotatē prōr sim quod
qui cupio moluptas ratīs dū
mos et, solupic aerovit eossi-
nulpā vellupt atetur sus nusape
nobis maxim et ut peri blant et
ute litiae con nis eum fugiant
iaecabo. Nequas debīt voluptu
sandae num untisi derorumque*



Position der Piratenpartei

Die Piraten lehnen Hydraulic Fracturing als Fördermethode ab. Bei diesen Vorhaben werden Boden und Grundwasser großen Risiken ausgesetzt. Das bedeutet eine Gefahr für uns und zukünftige Generationen. Das Einbringen zahlreicher, zum Teil hochgiftiger, Stoffe mit unkontrollierter Ausbreitung ist abzulehnen.

Schäden

- Gift im Boden, Oberfläche, Grundwasser und Trinkwasser
- Straßenbau, Versiegelung von Flächen, Bohrstätten, Lagerstättenwasser und verbrauchte Frackflüssigkeit müssen gelagert und entsorgt werden.
- Hochgiftiges Frackwasser wird nach Abschluss einfach wieder in den Untergrund gepresst
- Zertrümmerung des Deckgebirges
- Luftbelastung, Wasserbelastung, Grundwasserabsenkung
- Ausspülung von Salzen, Schwermetallen und radioaktiven Stoffen

Folgen

- Schließung von Brunnen
- Landschaftsverbrauch, Lärmbelastung, Schwerlastverkehr
- Schwarmbeben, Gasaustritte

Daher muss Fracking auf nationaler und internationaler Ebene (EU) verboten werden. Zur Deckung des Energiebedarfs setzen wir auf Effizienzverbesserungen, Einsparungen und regenerative Energien. Gegen Fluktuationen helfen Speichertechniken. Rege-



nerative Energien werden nur eingesetzt, wo sie nicht in Konkurrenz zu anderen stehen. Die Piratenpartei fordert:

- Erkundungsprozesse und Genehmigungsverfahren von Probebohrungen transparent und unter Einbindung der Bevölkerung zu gestalten
- eine Teilhabe der betroffenen Bürger auch in diesem Bereich durch Mitbestimmung, Bürgerentscheide, also mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie
- Änderung des nicht mehr zeitgemäßen Bergrechts

Was kann der Einzelne tun?

- Informiere Dich
- Informiere Familie, Freunde und Bekannte
- Unterstütze die Bürgerinitiativen gegen Gasbohren (BIGG)
- Schreibe deine Stadt oder deinen Kreis an (etwa das Umweltamt) und stelle Fragen
- Sammle Informationen und gib diese an die Aktivisten vor Ort weiter
- Schreibe Leserbriefe an die Presse
- Zeichne Petitionen
- Komm zu Veranstaltungen und setze durch deine Anwesenheit ein Zeichen

vorliegen und erkannt wurden, und danach sieht es bisher noch nicht aus. Das unterscheidet in seinem Umfang und seiner Sachlichkeit diese Studie von dem „Pseudoprozess“ von Exxon Mobil. Der „BUND“ sieht diesen eher als Bürgerberuhigung denn als Bürgerbeteiligung an. An der Studie NRW arbeiten ausschließlich unabhängige Gutachter, bei deren Auswahl darauf geachtet wurde, dass die-

se noch nie vorher für die Erdgasindustrie gearbeitet haben. Die Öffentlichkeit wird ab September über die Ergebnisse der Studie informiert, eine entsprechende Veranstaltung am 29. September 2012 voraussichtlich in Dortmund und Publikationen sind geplant. Das Umweltministerium wollte ursprünglich die Zwischenergebnisse der Arbeitskreise veröffentlichen, hierauf wird leider aktuell zum

Leidwesen der Beteiligten aus unbekannten Gründen verzichtet. Der „BUND“ hat auf seiner Website den gesamten Prozess anschaulich und vollständig abgebildet – dort kann jeder den aktuellen Sachstand und alle Protokolle einsehen.

Aktionstage gegen Fracking der Piratenpartei NRW

In den Parlamenten wird das Thema „Hydraulisches Gasbohren“ halbherzig behandelt, Politiker aller Parteien wissen damit scheinbar nicht umzugehen. Die Piratenpartei übernimmt diese Aufgabe und wendet sich an den Bürger und kommuniziert, kompetent und mit dem notwendigen Elan. Die von Regierungen des Bundes und des Landes NRW versprochenen Gutachten und Studien stehen noch aus, doch ein Teilerfolg ist da. Massive Proteste der Bürger haben die Verantwortlichen aufgeschreckt. „Laut einem Vorabbericht des „Spiegel“ haben sich die Minister Philipp Rösler und Norbert Röttgen vorerst auf eine Ablehnung des sogenannten Frackings geeinigt. Die Piratenpartei NRW, die sich für eine solche Ablehnung stark gemacht hat, begrüßt diese Entscheidung als einen ersten Schritt in die richtige Richtung. „Der Druck auf die Bundesregierung darf nun aber nicht nachlassen. Die Piraten wollen, dass das Fracking im Land, im Bund und der EU verboten wird“, sagt Thomas Küppers von der Piratenpartei NRW, Koordinator des landesweiten Aktionstages gegen Fracking.

„Wir freuen uns, dass die Regierung in Berlin sich offenbar der Einschätzung der Piraten zum Thema Fracking angeschlossen hat und der massiven Risiken bewusst wird“, sagt Hanns-Jörg Rohwedder (Miedlied des Landtages NRW), Koordinator des Arbeitskreises Umwelt und Energie der Piratenpartei NRW. „Die unüberschaubar großen Risiken des Frackings für die Allgemeinheit stehen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den wenige Konzerne aus dieser Fördermethode gezogen hätten.“ Für die Piraten stand von Anfang an fest, dass die Interessen der Allgemeinheit

klar vor den Interessen einiger weniger Energieunternehmen stehen. Wie auch zahlreiche Bürgerinitiativen, die sich gegen diese Form der Rohstoffgewinnung aussprechen, haben die Piraten in den vergangenen Monaten, teils in gemeinsamen Aktionen mit den engagierten Bürgern, umfassend über die Risiken informiert und die Bevölkerung aufgeklärt.“

Die Arbeit hat sich gelohnt. Die Bürger in den betroffenen Gebieten wissen zwar um die Gefahren des Fracking, aber sind nicht ausführlich genug informiert worden über Standorte für Aufsuchungen und Bohrungen oder gar die zukünftigen weitreichenden Pläne der Energiekonzerne. Die Überraschung war an allen Orten groß und eine immer wiederkehrende Frage war: „Warum nehmt ausgerechnet ihr euch des Themas an, warum nicht die anderen Parteien?“ Der Kontakt zum Thema entstand durch Bürgerinitiativen. Diese haben sich mittlerweile bundesweit zusammengeschlossen und unter <http://www.gegen-gasbohren.de> eine gemeinsame Plattform gefunden. Die Aktionstage knüpfen an diese Initiativen an. Der offizielle Startschuss erfolgte am 31. März 2012 mit dem Aufruf zur landesweiten Aktion mittels Infoständen, der Verteilung von Flyern und weitergehendem Infomaterial unter anderem in Coesfeld, Dortmund, Gütersloh, Hamm, Krefeld, Leverkusen, Mettmann, Monheim, Soest, Unna, Viersen und im Kreis Warendorf. Mirko Wittwer und seine Helfer waren bereits seit Februar unterwegs und haben vielfältige Eindrücke gewonnen zur Stimmung rund um das Fracking und die Energieprobleme im Allgemeinen. Die Redaktion hat das Team an vier Wochenenden begleitet. Sichtbar wurde ein Kampf David gegen Goliath. Geschickt hat man es verstanden seitens der Energiewirtschaft, die Notwendigkeit der Erschließung neuer Energiequellen, das angeblich drohende Explodieren der Preise und die mögliche Schaffung neuer Arbeitsplätze in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Sache der Akti-